

GOEFFREY WARNER

DIE BRITISCHE LABOUR-REGIERUNG UND DIE EINHEIT WESTEUROPAS 1949–1951*

Die Jahre von 1948 bis 1951 waren in der Geschichte der westeuropäischen Einheit ohne Zweifel von erheblicher Bedeutung. Jene Entwicklung, die zum Brüsseler Vertrag, zum Europäischen Kongreß in Den Haag, zum Europarat, zum Schuman-Plan einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und zum Plevén-Plan einer Europäischen Armee führte, transferierte, ob die einzelnen Ansätze am Ende Erfolge brachten oder nicht, die Frage der europäischen Vereinigung vom Reich der Theorie in die Arena der praktischen Politik. Die gleichen Jahre sahen auch die Entstehung und Festigung des nicht gerade beneidenswerten Rufes, der den Briten im allgemeinen und der Labour-Partei im besonderen bis zum heutigen Tage anhaftet, nämlich des Rufes, „schlechte Europäer“ zu sein¹. Im folgenden soll die damalige britische Politik untersucht und die Berechtigung der unguuten Reputation geprüft werden.

Es dürfte hilfreich sein, vor dem Blick auf die spezifischen Probleme, denen sich die britische Regierung zwischen 1948 und 1951 gegenüber sah, etwas zu den allgemeinen Grundsätzen zu sagen, die ihre Politik gegenüber Westeuropa bestimmten. Das wichtigste Leitprinzip der britischen Regierung bestand in der Annahme, Großbritannien sei nicht als eine ausschließlich, ja nicht einmal als eine in erster Linie europäische Macht anzusehen. Dieser Standpunkt ist vielleicht am besten in einem Memorandum formuliert, das Hugh Dalton, Mitglied des Kabinetts und Leiter der britischen Delegation in der Beratenden Versammlung des Europarats, im November 1949 für Guy Mollet verfaßte, damals Berichterstatter des von der Versammlung gebildeten Komitees für Allgemeine Angelegenheiten. „Großbritannien“, so schrieb Dalton, „ist nicht einfach eine kleine, dicht bevölkerte Insel vor der Westküste Kontinentaleuropas. Es

* Bei der Arbeit zu diesem Aufsatz sind viele Dankeschulden entstanden. In erster Linie muß dem Arbeitskreis für Europäische Integration gedankt werden, der den Verf. im April 1979 zu einem Colloquium nach Florenz einlud, wo eine erste Fassung als Grundlage eines Vortrags diente. Außerdem schuldet der Verf. zwei Privatpersonen Dankbarkeit, die ihm freundlicherweise Einblick in wertvolle Dokumente gaben, die sich in ihrem Besitz befinden: nämlich Lady Younger, Witwe des verstorbenen Sir Kenneth Younger, 1950/51 Staatsminister im Foreign Office, und Mr. Ernest Davies, 1950/51 Parlamentarischer Staatssekretär im Foreign Office. Schließlich haben noch die folgenden Personen und Institutionen dankenswerterweise die Benutzung der von ihnen betreuten Quellen erleichtert: die Labour-Partei, Miss Angela Raspin und die British Library of Political and Economic Science, Mr. R. H. Mellor und das Public Record Office, ebenso die Bodleian Library in Oxford.

¹ Wie kritisch die Politik der Labour-Regierung in der Frage der Einheit Westeuropas vom heutigen britischen Establishment beurteilt wird, ist z. B. dem Bericht zu entnehmen, den der britische Botschafter in Paris, Sir Nicholas Henderson, am 31. 3. 1979 an den Außenminister Dr. David Owen sandte und der in den Besitz der Wochenzeitung „The Economist“ gelangte, die ihn am 2. 6. 1979, S. 29–40, veröffentlichte; siehe vor allem S. 34.

ist das Nervenzentrum eines weltweiten Commonwealth, das in jeden Kontinent hineinreicht.“ Kontinentaleuropäer, meinte er, begriffen manchmal nicht das Wesen des Commonwealth. So habe ein belgisches Mitglied der Beratenden Versammlung zu ihm gesagt, das Commonwealth sei für Großbritannien doch genau das, was der Kongo für Belgien sei, aber das stimme nicht. „In jeder Hinsicht, ausgenommen die Entfernung, stehen wir in Großbritannien unseren Verwandten in Australien und Neuseeland auf der anderen Seite der Welt näher als Europa. Wir stehen ihnen näher in Sprache und Herkunft, in sozialen Sitten und Institutionen, im politischen Denken und durch gefühlsmäßige Bindungen.“

Großbritannien sei „auch noch das Nervenzentrum einer weiteren weltweiten Vereinigung“, fuhr Dalton fort, „nämlich des Sterling-Gebiets“, also immerhin der „größten multilateralen Handelszone der Welt, in der alle Transaktionen in einer einzigen Währung und ohne Handelskontrollen zwischen den Mitgliedstaaten abgewickelt werden“. Großbritannien, das Commonwealth und das Sterling-Gebiet, so sagte Dalton, seien in wirtschaftlicher Hinsicht in einer Weise komplementär, wie das zwischen Großbritannien und Westeuropa nie der Fall sein könne, auch dann nicht, wenn die Kolonien der anderen europäischen Mächte eingeschlossen würden. „Wir sind mehr als jedes andere Land in der Welt von großen Nahrungsmittel- und Rohstoffimporten abhängig. Westeuropa und seine Kolonien könnten unmöglich mehr als einen Bruchteil unserer derzeitigen Einfuhr solcher Güter aus dem Commonwealth und dem Sterling-Gebiet liefern.“² Bei einer späteren Gelegenheit stellte er fest, daß Großbritanniens Warenaustausch mit Europa lediglich 25 Prozent des gesamten britischen Handels ausmache, während die Hälfte des Welthandels in Sterling abgewickelt werde. „Diese beiden Zahlen sprechen, wenn sie auch nicht ganz vergleichbar sind, Bände.“³ Jedenfalls helfen sie uns zu verstehen, warum der britische Schatzkanzler, Sir Stafford Cripps, am 1. November 1949 dem Rat der OEEC erklärte, Großbritannien könne seine Wirtschaft in die europäische Wirtschaft nicht in einer Weise integrieren, die der Erfüllung der britischen Verpflichtungen gegenüber dem Commonwealth und dem Sterling-Gebiet im Wege stehen würde⁴.

Als zweite Grundannahme, von der sich die Labour-Regierung bei ihrer Außenpolitik leiten ließ, muß die Überzeugung gelten, daß ihre Spielart eines demokratischen Sozialismus eine einzigartige Errungenschaft sei, die nicht preisgegeben oder verwässert werden dürfe. „Wir sind der Ansicht“, schrieb Dalton in seinem Memorandum für Mollet, „daß unsere Politik nicht nur an sich wohltätig und gerecht ist, sondern auch, wie die Erfahrung zeigt, die beste Verteidigung gegen das Anwachsen des Kommunismus oder anderer totalitärer Lehren, die von Elend und Arbeitslosigkeit profitieren.“ Vielleicht mit Ausnahme Skandinaviens, wo eine ähnliche Politik verfolgt werde, gebe es in Europa kein Land, in dem der Kommunismus schwächer sei als in

² Memorandum Dalton o. D. (November 1949), Labour Party Archives, International Sub-Committee, File o. D.

³ Undatierte Notizen für eine Rede in Straßburg über britische Politik (Juli 1950), Dalton Papers (künftig zit.: D. P.), 9/8, British Library of Political and Economic Science.

⁴ The Times, 2. 11. 1949, S. 4.

Großbritannien. Einige westeuropäische Länder zögen jedoch eine Wirtschaft des *laissez-faire* vor. „Solch eine Wirtschaft ohne Plan“, kommentierte Dalton, „verträgt sich nicht leicht mit einer Planwirtschaft wie der unseren, und dieser Auffassungsunterschied muß dem Ausmaß Grenzen setzen, bis zu dem die Nationen Westeuropas divergierende nationale politische Richtungen zu einer gemeinsamen Politik verschmelzen können.“⁵

In einem Schriftstück, das für fremde Augen bestimmt war, hat Dalton naturgemäß seine Worte sorgsam gewogen und eine konziliante Sprache benützt. Ernest Davies, 1950/51 Parlamentarischer Staatssekretär im Foreign Office, äußerte sich in einem für den internen Gebrauch gedachten Memorandum, das er am 25. April 1950 schrieb und dessen Zusammenfassung vom Außenminister gebilligt wurde, kategorischer: „Bei ihrer Behandlung des Problems der europäischen Kooperation muß die Labour-Partei vor allem anderen auf die Bewahrung des demokratischen Sozialismus bedacht sein. Eine Politik, die sich in irgendeiner Hinsicht mit der Aufrechterhaltung oder Erweiterung der politischen und sozialen Demokratie in Großbritannien auf einer sozialistischen Basis nicht vereinbaren läßt, sollte nicht verfolgt werden.“⁶

Das dritte Leitprinzip der Labour-Regierung ist aus naheliegenden Gründen kaum öffentlich vertreten und deshalb auch seither gerne übersehen worden, nämlich ihre Entschlossenheit, ihre Unabhängigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten zu behaupten. Die scheinbar paradoxe Situation, die dadurch entstand, daß die britische Regierung einerseits oft und laut ihre Unterstützung der amerikanischen Allianz verkündete, sich andererseits zugleich den von Washington geförderten Plänen für einen engeren Zusammenschluß Westeuropas widersetzte, löst sich sogleich auf, wenn man versteht, daß Großbritannien zwar bereit war, mit Europa auf einer Basis zu kooperieren, die seine Fähigkeit erhöhte, zu den Vereinigten Staaten ein Verhältnis der Gleichrangigkeit zu gewinnen, sich aber nicht zu Kooperationsformen verstehen wollte, die zur Unterordnung führen konnten. Wie Ernest Bevin, der Außenminister, am 23. April 1950 Ernest Davies auseinandersetzte: „Jedermann in Großbritannien ist bestrebt, von den Vereinigten Staaten unabhängig zu bleiben. Sie wollen alle mit den Amerikanern zusammenarbeiten, aber nicht in eine Lage geraten, in der sie beherrscht werden. Wenn wir nun aber unsere Souveränität Europa überantworten, wird es sofort einen Weg zur Druckausübung über Europa geben, und zwar durch die Finanzkraft der Vereinigten Staaten, der gegenüber wir in vielen Fällen in der Minderheit bleiben werden.“⁷ Solche Überlegungen wurden in Krisenzeiten manchmal unterdrückt, hielten sich aber stets dicht an der Oberfläche. Sie werfen ein etwas anderes Licht auf das sogenannte „besondere Verhältnis“ zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten, vor allem zeigen sie, wie falsch es von jenen interpretiert wurde, die es als Versuch zur Sicherung „angelsächsischer Hegemonie“ auffaßten.

Viertens und letztens ging die Labour-Regierung von der Annahme aus, daß den Pressionen für eine engere westeuropäische Integration zu einem guten Teil nicht die

⁵ Vgl. Anm. 2.

⁶ Memorandum Davies, 25. 4. 1950, D. P. 9/9.

⁷ Notiz Kinna, 24. 4. 1950, Davies Papers (künftig zit.: Dav. P.).

noblen Motive zugrunde lagen, die ihre Protagonisten verkündeten, sondern eigennützigere Kalkulationen zur Gewinnung innenpolitischer Vorteile. Der Zynismus, mit dem manche kontinentaleuropäischen Politiker dies zugaben, scheint namentlich Bevin tatsächlich geärgert zu haben, der meinte, die internationale Situation sei ohnehin kompliziert genug; man brauche nicht aus – in seinen Augen – frivolen Gründen neue Probleme zu schaffen. Als einer der führenden französischen Föderalisten, Paul Ramadier, zu ihm sagte, „die einfachen Leute“ müßten „Illusionen und Träume“ haben, wenn eine wirkliche europäische Einheit erreicht werden solle, reagierte der britische Außenminister mit einer Irritation, die noch in der trockenen Zusammenfassung des offiziellen Protokolls deutlich zu spüren ist: „Mr. Bevin antwortete, daß er selbst Träume gehabt habe, als Außenminister aber hellwach bleiben müsse.“⁸

Das erste konkrete Problem, dem sich die britische Regierung hinsichtlich der europäischen Einheit im Jahre 1948 gegenüber sah, war der Brüsseler Vertrag. Die feindselige sowjetische Reaktion auf den Marshall-Plan, die folgende politische Unruhe sowohl in Frankreich wie in Italien und das Scheitern der dem deutschen Problem gewidmeten Londoner Konferenz von Ende 1947 hatten Bevin zu der Überzeugung gebracht, daß es keine Möglichkeit einer Verständigung mit den Russen mehr gebe und daß sofort Schritte gegen die weitere Ausbreitung der sowjetischen Macht unternommen werden müßten. „Es ist nicht genug“, so argumentierte er in einer Aufzeichnung, die mit dem Titel „Das erste Ziel britischer Außenpolitik“ am 4. Januar 1948 dem Kabinett vorgelegt wurde, „die physischen Barrieren zu verstärken, die unsere westliche Zivilisation noch schützen. Wir müssen auch die ethischen und geistigen Kräfte organisieren und konsolidieren, die dieser westlichen Zivilisation innewohnen, deren hauptsächlichste Protagonisten wir sind. Das kann nach meiner Überzeugung nur durch die Schaffung einer Union in Westeuropa, ob formell oder informell, geschehen, die von den Vereinigten Staaten und von den Dominions gestützt wird.“ Das System müsse Skandinavien, die Niederlande, Frankreich, Portugal, Italien, Griechenland und – „sobald es die Umstände erlauben“ – Spanien und Deutschland einschließen. Es „muß nicht die Gestalt einer formellen Allianz erhalten, wenn wir auch ein Bündnis mit Frankreich haben und vielleicht noch Bündnisse mit anderen Ländern schließen werden. Unsere vertraglichen Beziehungen zu den verschiedenen Ländern können unterschiedlich sein, doch würde zwischen allen Einverständnis herrschen, gestützt auf Macht, Geld und Entschlossenheit und gekittet durch die gemeinsamen Ideale, für die zweimal in unserer Generation die Westmächte ihr Blut vergossen haben“.

Bevin wies darauf hin, daß es „fester britischer Führung“ bedürfe, um diese Politik in Europa, in den Dominions und in Amerika durchzusetzen. „Materielle Hilfe wird vor allem von den Vereinigten Staaten kommen müssen“, räumte er ein, „aber die Länder Westeuropas, in denen man die geistigen Werte Amerikas verabscheut, werden von uns politische und moralische Leitung erwarten, Unterstützung beim Aufbau

⁸ Ungezeichnete Niederschrift des Gesprächs Bevin – Ramadier v. 26. 10. 1948, Akten des Foreign Office, FO 371/73 109/Z 9292/G. – Zitate aus den Akten im Public Record Office (PRO) mit Erlaubnis des Controller of H. M. Stationery Office.

einer Gegenmacht gegen die verderblichen Glaubenssätze des Kommunismus innerhalb ihrer Grenzen und bei der Wiederherstellung einer gesunden Gesellschaft, wo immer sie durch den Krieg erschüttert und zerstört wurde.“ Er fügte hinzu, daß er seine Vorstellung bereits dem amerikanischen Außenminister General Marshall wie dem französischen Außenminister Georges Bidault nahezubringen versucht habe. Beide schienen positiv reagiert zu haben, wenn sie sich naturgemäß auch nicht festgelegt hätten. Er beabsichtige nun, falls seine Kollegen zustimmen sollten, die Sache in der bevorstehenden außenpolitischen Unterhausdebatte öffentlich zu ventilieren⁹.

Als diese Aufzeichnung am 8. Januar im Kabinett diskutiert wurde, machte Bevin einen wichtigen Zusatz. „Es wird notwendig sein“, so sagte er, „die Kräfte Afrikas zur Unterstützung einer jeden westeuropäischen Union zu mobilisieren; wenn eine Union geschaffen werden kann, die nicht allein die Länder Westeuropas einschließt, sondern auch deren koloniale Besitzungen in Afrika und im Osten, so würde das einen Block geben, der sowohl nach seiner Bevölkerungszahl wie nach seiner Produktionskapazität auf gleichem Fuße mit den *Blöcken* in der westlichen Hemisphäre und im sowjetischen Bereich stehen könnte.“¹⁰

Die Kabinettskollegen des Außenministers stimmten seiner Aufzeichnung zu, wenn auch der Mangel an Präzision in seinem Denken offensichtlich einige Besorgnis erregte. So tauchte in der Diskussion das Argument auf, es „sei notwendig, den Zweck genauer zu bestimmen, für den eine engere Union Westeuropas verfochten werden soll. Kooperation könne Verteidigungszwecken dienen oder auf wirtschaftlichem oder kulturellem Felde gesucht werden; wenn aber kein positiver Konzentrationspunkt bezeichnet werde, müsse es schwierig sein, zufriedenstellende Fortschritte zu erzielen“¹¹. Die gleiche Besorgnis äußerte Roger Makins, ein Beamter des Foreign Office. „Was meinen wir mit geistiger Einheit Westeuropas?“ so fragte er. „Meinen wir Vereinigte Staaten von Europa, was einen bestimmten Begriffsinhalt hat? Meinen wir eine Zollunion? Meinen wir eine regionale Verteidigungsvereinbarung? Zu diesen Fragen werden uns schon übermorgen Antworten abgefordert werden, nicht nur von anderen Ministerien, sondern von anderen Ländern“¹². Befriedigende Antworten kamen nie. Es ist in der Tat nicht ohne Ironie, daß Bevin, der ständig das verschwommene Denken der europäischen Föderalisten verdammt, das Wesen seines eigenen Plans nur so vage charakterisierte.

„Die westliche Union“ wurde, in all ihrer begrifflichen Unschärfe, in Bevins berühmter Unterhausrede vom 22. Januar 1948 öffentlich vorgestellt. Zwar gab er zu verstehen, daß die Regierung zunächst versuchen werde, mit den Beneluxländern Verträge nach dem Muster des 1947 mit Frankreich geschlossenen Vertrags von Dünkirchen auszuhandeln, doch war er keineswegs auf diese Prozedur festgelegt, und als sowohl die Beneluxländer wie die Vereinigten Staaten klarmachten, daß sie einen

⁹ Akten des Cabinet Office, C.P. (48) 6, CAB 129/23, PRO.

¹⁰ C. M. 2 (48), CAB 128/12, Part II.

¹¹ Ebenda.

¹² Notiz Makins, 21. 1. 1948, FO 371/74045/Z 809/G.

multilateralen Vertrag vorzogen, gab er ihrem Wunsch bereitwillig nach¹³. Auch verlor der Außenminister seine Fernziele nicht aus den Augen. Die britische Regierung, so sagte er am 13. Februar zum französischen Botschafter in London, „will das ganze Projekt der westlichen Union in allen seinen Aspekten präsentieren, nicht nur hinsichtlich der Verteidigung, sondern auch hinsichtlich der wirtschaftlichen, kulturellen und überseeischen Kooperation. Wir wollen den Leuten zeigen, daß es eine wirklich positive Reorganisation des Westens gibt, und nicht den Eindruck vermitteln, daß es uns lediglich um eine Verteidigungsanstrengung geht“¹⁴. In Übereinstimmung mit dieser Philosophie brachte er das Kabinett am 23. Februar dazu, einen interministeriellen Beamtenausschuß einzusetzen, der die Möglichkeit einer Harmonisierung der europäischen Sozialleistungen zu prüfen hatte¹⁵.

Gelegentlich ist behauptet worden, die zur Unterzeichnung des Brüsseler Vertrags vom 17. März 1948 führenden Verhandlungen seien mehr eine Scharade und Bevin sei es dabei in Wahrheit um eine amerikanische Verpflichtung zur Verteidigung Westeuropas zu tun gewesen. Es trifft zu, daß die Amerikaner schon zu Beginn mit der Absicht angegangen wurden, Diskussionen über die europäische Sicherheit zu erreichen, und daß derartige Vorstellungen nach dem Prager Coup vom Februar 1948 eine schrillere und drängendere Note erhielten. Jedoch wäre es falsch, den Brüsseler Vertrag und die westliche Union lediglich als Köder für die Vereinigten Staaten zu sehen, „als Sprotte, mit der wir die Makrele fangen“, wie Bevin selbst einmal gesagt haben soll¹⁶. Es ist von Bedeutung, daß gerade während jener Sitzung des Kabinetts, in der Bevin, am 5. März, autorisiert wurde, mit den Amerikanern dringliche Gespräche über die Abwehr einer als unmittelbar interpretierten sowjetischen Drohung zu beginnen, auch die Auffassung Ausdruck fand, daß „wir die Hilfe der Vereinigten Staaten benützen sollten, um Zeit zu gewinnen, daß unser letztes Ziel aber darin bestehen sollte, eine Position zu erreichen, in der die Länder Westeuropas sowohl von den Vereinigten Staaten wie von der Sowjetunion unabhängig sein können“¹⁷.

Aus den Bemerkungen, die Bevin am 17. März 1948 gegenüber Bidault machte, als sich die beiden Außenminister zur Unterzeichnung des Brüsseler Vertrags auf dem Wege in die belgische Hauptstadt befanden, geht außerdem hervor, daß er der neuen Organisation eine eigenständige und wichtige Rolle zudachte. So sagte er, daß es z. B. auf dem Felde der Wirtschaft und der Finanzen, auch wenn er in keiner Weise die Tätigkeit des aus Vertretern von 16 Staaten zusammengesetzten Ausschusses für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit stören wolle, „einen Aktionsbereich für den kleineren Kreis gebe. Er wolle einen Punkt erreichen, auf dem man ohne Austausch

¹³ House of Commons Debates (künftig zit.: H. C. Deb.), 5th Series, Vol. 446, cols. 396f. – Die Akten des Foreign Office zeigen eindeutig, daß das Haupthindernis für einen multilateralen Vertrag nicht Großbritannien, sondern Frankreich war.

¹⁴ Schreiben Bevin (Entw.), 13. 2. 1948, FO 371/73074/Z 1308/G.

¹⁵ C. P. (48) 57, C. M. 16 (48), CAB 129/24 u. 128/12, Part I.

¹⁶ Zit. bei A. Shlaim/P. Jones/K. Sainsbury, *British Foreign Secretaries since 1945*, Newton Abbot 1977, S. 48.

¹⁷ C. M. (48) 19th Conclusions, Confidential Annex, CAB 128/14.

von Dollars oder Gold auskomme: mit anderen Worten eine Art von Clearing-Vereinbarung zwischen den fünf europäischen Mächten. Am Ende müsse es eine Bank der Westeuropäischen Union geben und eine allgemeine wirtschaftliche Konsolidierung der fünf Länder“. Bevin sprach ferner von seinem Wunsch, „die Gewerkschaften an den Studien zur Harmonisierung unserer Sozialleistungen angemessen zu beteiligen“ und „Beratungsgremien zu entwickeln, in denen Arbeiter, Arbeitgeber und staatliche Produzenten vertreten sein sollten“, wenn er auch sofort die Schwierigkeiten zugab, als ihn Bidault daran erinnerte, daß die wichtigste Gewerkschaftsorganisation in Frankreich, die C. G. T., von den Kommunisten kontrolliert werde¹⁸. Mit all dem war Bevin weit davon entfernt, die Westeuropäische Union nur als lästiges, aber notwendiges Vorspiel zur NATO zu verstehen.

Daß aus diesen Ideen nie viel geworden ist, muß zum Teil den Widersprüchen in den britischen Vorstellungen zugeschrieben werden. So führte vor allem das Bestehen darauf, daß die wirtschaftliche Rolle der Westeuropäischen Union in keiner Weise mit den Funktionen der OEEC in Konflikt geraten dürfe, zu beträchtlichen Schwierigkeiten, und die anderen Mächte des Brüsseler Vertrags mußten ihre ganze Überredungskunst aufbieten, um die britischen Einsprüche gegen die Aufnahme selbst einer ganz harmlosen Erwähnung wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenarbeit in das Communiqué zu überwinden, das nach der zweiten Sitzung des Konsultativrates am 20. Juli 1948 herausgegeben wurde¹⁹.

Ein gleich wichtiger, wenn nicht noch wichtigerer Grund für den Mangel an Fortschritten ist jedoch darin zu sehen, daß die Initiative in Sachen westeuropäischer Vereinigung Bevin aus der Hand genommen wurde, und zwar als Ergebnis des Haager Kongresses vom Mai 1948 und der ihm folgenden Entwicklung. Der Vorschlag, den Haager Kongreß einzuberufen, war zur gleichen Zeit gemacht worden, da die Idee der Westeuropäischen Union in Bevins Geist zu keimen begann. Die Frage, ob die Labour-Partei Delegierte zu dem Kongreß entsenden solle, ist sogar auf der gleichen Kabinettsitzung erörtert worden, die sich mit Bevins ursprünglichen Vorschlägen für eine westeuropäische Union beschäftigt hatte. Das Protokoll bietet zu diesem Thema nur höflich nichtssagende Wendungen, doch hat Bevin unmittelbar danach zu seinem Privatsekretär gesagt, daß „Lord Layton (einer der Organisatoren des Kongresses) die Regierung in eine sehr schwierige Lage gebracht habe, indem er von ihr erwarte, sich in diesem Stadium an Lord Laytons Bewegung zu beteiligen, zumal vorgeschlagen worden sei, Mr. Churchill (dem Führer der konservativen Opposition) das Präsidium des Kongresses anzutragen. In Anbetracht der Umstände könne die Regierung sich daher nicht an dem Kongreß beteiligen, und es müsse Lord Layton anheimgestellt werden, wie bisher auf inoffizieller Basis weiterzuarbeiten“²⁰. Der Standpunkt der Regierung wurde der Labour-Partei mitgeteilt, die ebenfalls beschloß, dem Kongreß fernzubleiben. Lord Layton meinte später zu einem Beamten des Foreign Office, er

¹⁸ Notiz Roberts, 18. 3. 1948, FO 371/73055, Z 2559/G.

¹⁹ Memorandum Russell, 5. 8. 1948, FO 371/73061/Z 6511/G.

²⁰ Notiz Roberts, 8. 1. 1948, FO 371/72697/UN 421/G.

bedauere, daß die Frage in die Parteipolitik geraten sei, da Sir Stafford Cripps zunächst zugesagt habe, an dem Kongreß teilzunehmen, und auch auf die Teilnahme Daltons zu hoffen gewesen sei²¹. Aber wenn man auch Lord Laytons Bedauern darüber teilen mag, daß das Problem der westeuropäischen Einheit auf solche Weise in die britische Innenpolitik gezogen worden war, so muß man doch sehen, daß die Schuld nicht allein einer Seite angelastet werden darf. Die Konservative Partei gab sich redlich Mühe, die Regierung in dieser Angelegenheit in Verlegenheit zu bringen, und legte damit eine nicht nur unverantwortliche, sondern auch heuchlerische Haltung an den Tag, da die Führer der Konservativen, wenn es zum Schwure kam, ebensowenig wie ihre Gegenspieler auf der Labour-Seite bereit waren, die britische Souveränität jener Art supranationaler Organisation zu überantworten, wie sie vom Haager Kongreß gefordert wurde.

Im übrigen steckten hinter Bevins Opposition nicht allein parteipolitische Gründe. Von dem fanatischen Antikommunismus einiger Organisatoren abgesehen, den er als „gefährlich provokant“ betrachtete, stand er den nach seiner Ansicht unrealistischen Plänen für die europäische Einheit, die etliche der auf dem Kongreß repräsentierten Bewegungen verfochten, mit tiefer Skepsis gegenüber. „Es fällt nicht schwer, einen Grundriß für ein vereinigt Westeuropa zu zeichnen und auf dem Papier musterhaft aussehende Pläne zu entwerfen“, hatte er am 22. Januar 1948 im Unterhaus gesagt. „Zwar möchte ich die Arbeit, die von freiwilligen politischen Organisationen bei der Propagierung ehrgeiziger Entwürfe für die europäische Einheit geleistet wurde, nicht entmutigen, doch muß ich sagen, daß es eine langsamere und schwierigere Sache ist, ein praktisches Programm durchzuführen, das die Realitäten in Rechnung stellt, denen wir uns gegenübersehen, und ich fürchte, daß wir dabei nur schrittweise vorgehen können.“²²

Der britische Außenminister war daher keineswegs erbaut, als Georges Bidault am 20. Juli 1948 auf einer Sitzung des Konsultativrates der Brüsseler Mächte die Forderung des Haager Kongresses nach einem europäischen Parlament aufnahm. Dem französischen Botschafter in London zufolge, der anwesend war, begleitete Bevin die Rede des französischen Außenministers mit den beißendsten Bemerkungen²³. Anschließend hat er, wie seinem eigenen offiziellen Bericht nach London zu entnehmen ist, geantwortet, daß er „zwar mit M. Bidaults letzten Zielen grundsätzlich übereinstimme, jedoch der Meinung sei, daß das Problem noch weiterer Überlegung bedürfe, angesichts der Gefahr, daß jede derartige Versammlung von Kommunisten und Fellow-Travellers benutzt werden kann, um gerade jene Absichten zu vereiteln, für die wir arbeiten“²⁴. Bevin war zweifellos auch deshalb so gereizt, weil er wußte, daß Bidaults Verhalten vornehmlich innenpolitische Motive hatte. Fünf Tage zuvor hatte der französische Außenminister den britischen Botschafter in Paris gebeten, Bevin

²¹ Notiz Sargent, 2. 2. 1948, FO 371/72697/UN 424/G.

²² H. C. Deb., 5th Series, Vol. 446, col. 395.

²³ „Jamais entendu pareilles sorties!“ lautete die gemilderte Übersetzung, die der Botschafter von seinem Gemurmel gab; vgl. R. Massigli, *Une Comédie des Erreurs 1943–1956*, Paris 1978, S. 156.

²⁴ Telegramm Bevin, 20. 7. 1948, FO 371/73060/Z 5995/G.

mitzuteilen, daß er die Frage der europäischen Föderation wohl aufwerfen werde, aber keine Schwierigkeiten machen und das Thema mit großer Vorsicht behandeln wolle. „Tatsache sei“, so hatte er dem Botschafter erklärt, „daß das Thema zu einer Art Fetisch für M. Ramadier (der auf dem Haager Kongreß eine bedeutende Rolle gespielt hatte) geworden sei, der ihn gebeten habe, es auf der Sitzung zu erwähnen. Er selbst teile Ihre Auffassung, daß dieses exzellente Ideal derzeit noch etwas unrealistischer Natur sei.“²⁵

Als Bidault seine Rede hielt, war die Regierung, der er als Außenminister angehörte, bereits zurückgetreten. Das Nachfolgekabinett, in dem Robert Schuman sein langes Regiment am Quai d'Orsay begann, wartete die Prüfung des Vorschlags für ein europäisches Parlament durch die Partnerstaaten des Brüsseler Vertrags nicht ab, sondern machte sich am 18. August eine Anregung der Organisatoren des Haager Kongresses zu eigen, nämlich die Anregung, als ersten Schritt zur Schaffung eines solchen Parlaments eine vorbereitende Fünf-Mächte-Konferenz aus Parlamentariern einzuberufen. Die britische Regierung war wütend. Ihre Reaktion ist wohl am besten in einem Brief zusammengefaßt, den Sir Ivone Kirkpatrick, Unterstaatssekretär im Foreign Office und dort für westeuropäische Angelegenheiten zuständig, am 28. August an den britischen Botschafter in Paris schrieb. Bevin, so sagte Kirkpatrick, sei der Meinung, „daß diese Frage von der französischen Regierung zu politischen Manövern benutzt wird, daß sie das Problem noch nicht ernsthaft studiert hat und daß er es ablehnen muß, sich in Narreteien treiben zu lassen, nur weil es der französischen Regierung gerade so paßt. Er sieht nicht ein, daß eine Versammlung irgendwelcher Parlamentarier einen akzeptablen Plan zustande bringen kann. Wollten wir tatsächlich einen annehmbaren Plan ausgearbeitet haben, so sollte das nach seiner Ansicht von den Regierungen und nicht von Privatpersonen gemacht werden. Außerdem ist er nicht bereit, sich in dieser Sache festzulegen, ehe er nicht Gelegenheit gehabt hat, die Angelegenheit im Oktober mit den Premierministern der Dominions zu erörtern“.

Außerdem, so fuhr Kirkpatrick fort, habe der Außenminister „nicht das Gefühl, daß die Franzosen sich uns gegenüber aufrichtig oder rücksichtsvoll verhalten haben“. Nicht nur hätten sie die im Juli auf der Sitzung des Konsultativrates erreichte Verständigung verletzt, derzufolge erst dann weitere Schritte unternommen werden sollten, wenn die Regierungen der Mitgliedstaaten Zeit zur Prüfung der ersten Vorschläge Bidaults gehabt hätten, sondern sie hätten sich bis heute, zwei Wochen nach ihrer neuen Initiative, noch immer nicht mit der britischen Regierung ins Benehmen gesetzt. Jedoch seien sie an die Belgier herangetreten, und die Nummer Zwei an der französischen Botschaft in London habe, damit konfrontiert, „ohne rot zu werden erwidert, daß die französische Regierung, da sie von der Erwartung ausgegangen sei, in Brüssel eine günstigere Atmosphäre als anderswo zu finden, beschlossen habe, zuerst bei den Belgiern zu sondieren, und zwar in der Hoffnung, sich mit den Belgiern gegen uns und die Holländer zusammentun zu können“²⁶.

²⁵ Telegramm Harvey, 15. 7. 1948, FO 371/73 096/Z 5782.

²⁶ Brief Kirkpatrick, 28. 8. 1948, FO 371/73 097/Z 6885.

Indes wurde die französische Initiative nicht allein von den Belgiern, sondern auch von den Vereinigten Staaten unterstützt. Anfang November 1948 teilte Bevin dem Kabinett mit, in den Vereinigten Staaten herrsche die Auffassung vor, daß die westeuropäischen Demokratien eine engere Verbindung eingehen sollten, und es gebe deutliche Anzeichen dafür, daß Gouverneur Dewey (der damals ja noch als Favorit für die bevorstehende Präsidentenwahl galt) die Absicht habe, das ERP (European Recovery Program) als Instrument zur Durchsetzung dieser engeren Verbindung zu benutzen. Er glaube, daß schon große Fortschritte gemacht worden und die derzeitigen Methoden richtig seien, aber „wenn ... wir nicht eine rein negative Haltung einnehmen wollen, mit schlechten Auswirkungen in Amerika, Frankreich und anderswo, scheint es notwendig zu sein, einen Plan zu entwickeln, der die Forderung nach einer Aktion befriedigt und zugleich jede Festlegung auf die gefährlichen Wege vermeidet, die von den Föderalisten und ihren Bundesgenossen befürwortet werden. Ein solcher Plan sollte eine ordentliche Fortentwicklung der allgemeinen Konzeption darstellen, die dem Vertrag von Brüssel zugrunde liegt“.

Bevin schwebte „ein Ministerrat Westeuropas“ vor, der aus Regierungsvertretern und ihren Beratern bestehen und sich, unterstützt von einem permanenten Sekretariat, vielleicht zweimal im Jahr treffen sollte. An einer derartigen Einrichtung konnte Westdeutschland wahrscheinlich von Anfang an beteiligt sein, auch wenn seine Repräsentanten nicht über außenpolitische oder Verteidigungsfragen diskutieren durften, und sie mochte überdies das beste Mittel sein, Italien mit den Staaten des Brüsseler Vertrags zu verbinden. Bevin äußerte den Gedanken am 19. Oktober 1948 auf einer Konferenz der Premierminister des Commonwealth, ohne auf Widerspruch zu stoßen. Auch auf einer Sitzung des Konsultativrates der Brüsseler Mächte machte er, am 25. Oktober, eine entsprechende Anspielung. Bei dieser Gelegenheit glaubte der Außenminister „bei M. Schuman eine gewisse Erleichterung darüber zu entdecken, daß mein Vorschlag gemacht worden war, und anschließend erfuhr ich in der Tat von M. Chauvel (Generalsekretär am Quai d'Orsay), daß M. Schuman meinem Plan mit dem größten Vergnügen der Vorzug vor seinem offiziellen Plan geben würde, wenn er seine wilderen ‚föderalistischen‘ Kollegen davon überzeugen könne, daß nur dadurch ein Fortschritt zu einer engeren Einheit, die auch Großbritannien einschließe, möglich werde“²⁷. Das Kabinett stimmte Bevins Plan am 4. November 1948 zu²⁸, und er wurde, zusammen mit dem ursprünglichen französischen Vorschlag für eine parlamentarische Versammlung, einem Ausschuß von Regierungsvertretern überwiesen, der noch im gleichen Monat in Paris zusammentrat.

Hugh Dalton wurde zum Leiter der britischen Delegation ernannt. Am 17. November erklärte ihm Bevin, daß nach seiner Meinung der von ihm vorgeschlagene Ministerrat zwar anfänglich auf die fünf Mächte des Brüsseler Vertrags beschränkt sein sollte, später aber alle 16 Mitglieder der OEEC einschließen könne. Die OEEC könne nach dem Abschluß des ERP im Jahre 1952 vielleicht sogar dem Rat unterstellt

²⁷ C. P. (48), 249, CAB 129/30.

²⁸ C. M. (48), CAB 128/13.

werden. „Der Rat sollte sich mit Fragen befassen, die Europa gemeinsam angehen“, sagte Bevin. „Was sind das für Fragen? Wirtschaftliche Angelegenheiten, rationalisierte Verteidigung usw.“ Er gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß „das Commonwealth und Westeuropa zusammenwachsen ... (und) eine wirklich große Dritte Macht in der Welt werden“. Es ist mithin, wie im Falle des Brüsseler Vertrags, klar, daß Bevins ursprüngliche Konzeption des Europarats umfassend und weitreichend war. Alles hing jedoch davon ab, daß die neue Organisation als ein Instrument intergouvernementaler Zusammenarbeit geschaffen wurde. Der Außenminister „war gegen ein Treffen von Parlamentariern in diesem Stadium“, berichtet Dalton. „Allgemeine Debatten, denen keine Aktion folgt, und fruchtlose Kontroversen über föderalistische Institutionen würden die Menschen entmutigen. Was wir jetzt brauchten, das war Solidarität ohne eine Konstitution. Entscheidungen mußten den Regierungen und ihren Vertretern vorbehalten bleiben ... Es bestand die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den Regierungen und dem Rat.“²⁹

Wie Bevin, so fand auch Dalton, daß der französische Außenminister die britische Auffassung wohlwollend betrachtete. „Die Regierungen müssen dies fest in ihrer Hand behalten“, sagte Schuman am 25. November zu ihm. „Wenn wir eine parlamentarische Versammlung hätten, müßten die Regierungen die Parlamentarier bestimmen.“³⁰ Als der Ausschuß zusammentrat, mußte Dalton aber leider feststellen, daß die französische Delegation, vom britischen Foreign Office mit Schärfe als „ein Ensemble historischer Denkmäler“³¹ charakterisiert, wenig oder gar keinen Kontakt zu ihrer Regierung hatte und der britischen Delegation gerade in der Frage der Auswahl und Unabhängigkeit der vorgeschlagenen Versammlung heftig widersprach. Der Kern des Problems ist wohl darin zu suchen, daß das Verhältnis Parlament – Exekutive in Frankreich völlig anders war als in Großbritannien.

Der schließlich gefundene Kompromiß – ein Komitee der Minister und eine beratende parlamentarische Versammlung – realisierte wahrscheinlich die schlechtesten Seiten beider Alternativen. Sicherlich stand die frühe Periode des Europarates im Zeichen des Konflikts zwischen der Beratenden Versammlung, die ständig ihre Kompetenzen zu erweitern suchte, und dem Komitee der Außenminister, das, von Großbritannien geführt, ein fortwährendes Rückzugsgefecht zur Bewahrung seines Vorrangs lieferte. Anfänglich sah es jedoch so aus, als sei das Problem lösbar. Nach der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung schrieb Dalton, sie zeige „zunehmend Verantwortungsgefühl“. Das Komitee der Minister werde, so glaubte er, „durchaus in der Lage sein, aus der ihm vorgelegten riesigen Masse an Resolutionen auszusuchen und zu wählen“³². Den konservativen Delegierten war das freilich nicht zu danken, die sich vielmehr alle Mühe gaben, der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Der einzige Trost bestand darin, daß ihr Verhalten allmählich zu ihrem Nachteil auszu schlagen begann. „Ich glaube nicht, daß sich die Tories mit ihrer Haltung in Straßburg

²⁹ Tagebuch Dalton, 25. 11. 1948, D. P.

³⁰ Ebenda.

³¹ Telegramm Foreign Office, 11. 11. 1948, FO 371/73099/Z 9158/G.

³² „Notes for Labour Party on Council of Europe“, 12. 9. 1949, D. P., 9/7.

einen guten Dienst erwiesen haben“, schrieb Dalton. „Gegen Ende wurden sie von den anderen durchschaut, und Macmillan machte noch am letzten Tag mit seinem Angriff auf das Komitee der Minister einen ziemlichen Fehler.“³³ Clement Attlee, der britische Premierminister, stimmte dem zu: „Wir bekommen hier einen sehr schlechten Eindruck von der Taktik der Tories“, antwortete er Dalton. „Winston (Churchill) spielte die Primadonna, und Macmillan dachte sich eine Rolle zu, die offensichtlich zu groß für ihn war.“³⁴

Inzwischen waren Fragen der wirtschaftlichen Integration Westeuropas im Rahmen der OEEC diskutiert worden, und der britischen Regierung machte die Haltung der Vereinigten Staaten zunehmend Sorgen. Am 25. Oktober 1949 übermittelte Bevin dem amerikanischen Außenminister Dean Acheson eine persönliche Botschaft, in der er feststellte, die britische Regierung bekräftige zwar ihre bestehenden Verpflichtungen, befürchte aber, daß Vorschläge für eine engere Verbindung zwischen der britischen Wirtschaft und der Westeuropas gemacht würden, als sich mit Großbritanniens weltweiten Verantwortlichkeiten vertrüge, und sie hoffe, daß sie in dieser Frage auf Unterstützung durch die Vereinigten Staaten rechnen dürfe³⁵. Acheson antwortete einige Tage später, Bevin lege offenbar eine negative Haltung an den Tag. „Hier wächst die Überzeugung“, schrieb Acheson, „daß größere und schnellere Fortschritte in der Richtung unseres gemeinsamen Zieles, der Schaffung der europäischen Einheit, notwendig sind. Wir sind überzeugt davon, daß es eine Einheit Europas oder von Gruppen europäischer Länder, die genügend effektiv ist, um die Dinge vorwärtszutreiben, nicht ohne nachhaltige Hilfe und größtmögliche Beteiligung des Vereinigten Königreichs, gestützt vom übrigen Commonwealth, geben kann.“ Der amerikanische Außenminister fuhr fort, er verstehe zwar, das „das Vereinigte Königreich seine Wirtschaft nicht so eng mit der des Kontinents verbinden kann, wie wir das für die Verknüpfung der kontinentalen Staaten miteinander für erforderlich halten“, trotzdem „ist der Prüfstein der Einheit auf dem Kontinent das Ausmaß, zu dem das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten nicht nur zur Übernahme von Führung, sondern auch zu einer so weitgehenden Beteiligung bereit sind, wie es ihre Lage erlaubt“³⁶. Dem folgte, wie man weiß, der Fanfarenstoß, mit dem Paul Hoffman am 31. Oktober 1949 auf einer Sitzung des Ministerrats der OEEC rasches Handeln zur Schaffung einer engeren wirtschaftlichen Integration Westeuropas forderte.

Bevin war über die in all dem implizierte Kritik an der britischen Politik erbost, und am 11. November schlug er bei einem Treffen mit Acheson und Schuman kräftig zurück. Wenn es auch seinen Stolz verletze, sagte er, so sei er doch entschlossen, seine Position hinsichtlich der französischen und amerikanischen Angriffe auf seine Politik zu erklären. Die Pressionen, denen er ausgesetzt gewesen sei, und die Vorteile, die seine konservativen Opponenten daraus gezogen hätten, versetzten ihn in eine höchst

³³ Brief Dalton, 10. 9. 1949, D. P., 9/7.

³⁴ Brief Attlee, 11. 9. 1949, D. P., 9/7.

³⁵ Anlage zu Brief Hoyer Millar, 26. 10. 1949, Foreign Relations of the United States (künftig zit.: FRUS), 1949, Vol. IV, S. 347ff.

³⁶ Telegramm Acheson, 28. 10. 1949, FRUS, 1949, Vol. IV, S. 348f.

unangenehme Lage. Niemand habe das Recht, ihm Feindseligkeit gegen die europäische Idee vorzuwerfen, doch müsse die Lage eines Landes gewürdigt werden, das nicht ausschließlich europäisch werden könne. Den Briten sei es unmöglich, sich zwischen dem Commonwealth und Europa zu entscheiden. Die öffentliche Meinung in Großbritannien werde durch jene Kritik allmählich beunruhigt, und die kommenden Wahlen drohten dafür Beweise zu liefern. Daher bestehe er darauf, daß Großbritannien nicht länger als Sündenbock für den Mangel an Fortschritten in der europäischen Integration behandelt werde.

Der französische Botschafter in London, René Massigli, der diesen Ausbruch in seinen Erinnerungen schildert, schreibt, Acheson habe einige besänftigende Bemerkungen gemacht, Schuman hingegen sei sehr viel weitergegangen, indem er festgestellt habe, daß der Erfolg beim Aufbau Europas von der möglichst engen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und Frankreich abhängen und daß die Ungeduld jener Idealisten oder Saboteure, die zu rasch vorgehen wollten, gezügelt werden müsse. Massigli fragte sich, ob einige Monate später Schuman nicht mit Bedauern an diese Unterredung zurückdachte, Bevin dagegen mit Bitterkeit³⁷. Massigli meinte damit natürlich den Schuman-Plan, mit dem eine nichtsahnende britische Regierung am 9. Mai 1950 überrascht wurde. Bevin hegte, wenn auch grundlos, den schwärzesten Verdacht, dieser Plan sei schon damals von Acheson und Schuman ausgeheckt worden³⁸.

Zwar stehen die amtlichen britischen Akten aus dem Jahre 1950 der Forschung noch nicht zur Verfügung, doch gibt es eine außerordentlich wertvolle Quelle für die britische Reaktion auf den Schuman-Plan, nämlich das Tagebuch von Kenneth Younger, Staatsminister im Foreign Office. „Offiziell“, notierte Younger am 14. Mai, „haben wir den Gedanken begrüßt ... Privat haben wir alle Zweifel und böse Ahnungen. Angesichts der politischen Färbung der Regierungen in Frankreich und Deutschland und ihrer Verbindungen zur Schwerindustrie muß man wohl damit rechnen, daß sich dies nach altmodischen Kartell-Prinzipien entwickeln wird. Das muß jedoch nicht so sein, und wenn wir die Durchführung des Plans so beeinflussen können, daß das öffentliche Interesse gesichert und die Macht der Interessengruppen in der internationalen Behörde begrenzt wird, kann es sich um einen Schritt vorwärts handeln. Vielleicht ist es aber auch nur ein Schritt zur Konsolidierung der katholischen ‚schwarzen Internationale‘, die ich schon immer für eine starke Antriebskraft hinter dem Europarat gehalten habe. Wenn der Plan durchgeht, werden wir uns offensichtlich auf irgendeine Weise mit ihm verbinden müssen. Daß wir uns tatsächlich anschließen, ist derzeit schwer zu sehen. Für eine Entscheidung ist es jedoch noch zu früh. Die Franzosen haben den Plan offenkundig selbst noch nicht durchdacht, geschweige denn anderen erklärt.“³⁹

Trotz seiner Vorbehalte, die vermutlich von anderen Mitgliedern der Regierung geteilt wurden, war Younger also um Aufgeschlossenheit bemüht. Das hatte insofern

³⁷ Massigli, a. a. O., S. 180f.

³⁸ D. Acheson, *Present at the Creation*, New York 1969, S. 385. Nach Massigli (a. a. O.), S. 188, Anm. 1 hat der Außenminister daraufhin M. Schuman nie mehr Vertrauen entgegengebracht.

³⁹ Tagebuch Younger, 14. 5. 1950.

Bedeutung, als er während der entscheidenden Wochen, in denen die britische und die französische Regierung Noten über die Bedingungen der Teilnahme Londons an der Konferenz zur Ausarbeitung der Einzelheiten des Plans wechselten, nach seinen eigenen Worten „für das Verfahren nominell zuständig war“. Das Parlament befand sich nämlich in den Pfingstferien, Bevin lag im Krankenhaus, Cripps und Attlee hielten sich in Frankreich auf, und die übrigen Kabinettsmitglieder waren ebenfalls nicht in London. Jedoch hatten, wie Younger weiter sagte, „die Beamten ihre Zähne fest in den Bissen geschlagen . . ., und bis ich beteiligt wurde, war es ziemlich schwierig geworden, noch etwas zu bewirken“. Überdies fand er sich, obwohl „sehr unter dem Eindruck der Wichtigkeit des Versuchs, einen Plan praktikabler zu machen, und folglich der Wichtigkeit der Suche nach einer Basis, auf der wir uns von Anfang an beteiligen können“, praktisch isoliert. Der ständige Staatssekretär im Foreign Office, Sir William Strang, hielt „die ganze Sache für Unsinn und nur für einen französischen Versuch, den Realitäten auszuweichen“, während ein anderer hoher Beamter des Foreign Office, Sir Roger Makins, die Ansicht vertrat, „daß wir uns nicht festlegen dürfen, daß die französisch-deutschen Verhandlungen früher oder später unweigerlich scheitern werden und daß wir dann eine Chance haben, als *deus ex machina* mit einer eigenen Lösung aufzutreten“⁴⁰.

Der Augenblick der Entscheidung kam am 1. Juni 1950, als die französische Regierung den Briten die praktisch ultimative Forderung stellte, an der Konferenz entweder auf der Basis einer vorherigen grundsätzlichen Zustimmung zu einer supranationalen Behörde teilzunehmen oder aber der Konferenz fernzubleiben. An jenem Abend wurde Herbert Morrison, der in Attlees Abwesenheit den Premier vertrat, nach einem Theaterbesuch in einem Restaurant gefunden. „Es hat keinen Zweck“, sagte er zu Younger, nachdem ihm die Sache erklärt worden war, „wir können das nicht machen, die Bergleute von Durham würden es nicht leiden.“⁴¹ Am folgenden Tag versuchte Younger, für eine Teilnahme zu den französischen Bedingungen einzutreten, aber Bevin, der im Krankenhaus konsultiert worden war, machte klar, daß er nicht bereit sei, französische Diktate zu akzeptieren. Am Abend des 2. Juni wurde auf einer Sitzung des Rumpfkabinetts die Ablehnung der französischen Forderung gebilligt und stattdessen ein Treffen der Minister vorgeschlagen, was am 3. Juni wiederum von den Franzosen abgelehnt wurde⁴².

„Nach näherer Überlegung“, notierte Younger am 12. Juni, „glaube ich, daß wir wirklich keine andere Wahl hatten, und das scheint auch die fast einmütige Auffassung der Presse zu sein. Trotzdem ist es von Übel, daß wir, wie gewöhnlich, dem Anschein nach ‚im Abseits‘ stehen, und ohne Zweifel werden wir deshalb gehörig Prügel beziehen.“⁴³ An solchen Prügeln hat es später gewiß nicht gefehlt. Die Weigerung der Labour-Partei, an der Konferenz zur Erörterung des Schuman-Plans teilzu-

⁴⁰ Tagebuch Younger, 12. 6. 1950.

⁴¹ B. Donoghue/G. W. Jones, Herbert Morrison. Portrait of a Politician, London 1973, S. 481 (wo ein Interview mit Younger zitiert ist).

⁴² Tagebuch Younger, 12. 6. 1950.

⁴³ Ebenda.

nehmen, ist als klassisches Beispiel ihrer kurzsichtigen sozialistischen Unfähigkeit angeführt worden, das Wesen jener Kräfte zu erfassen, die das neue Europa formten, als tragischer Fall einer „verpaßten Gelegenheit“. Doch ist eine derartige Charakterisierung überaus unfair. Vielleicht muß man nicht so weit gehen wie Guy Mollet, der noch im Jahre 1950 zu Bevin sagte, der Schuman-Plan sei bewußt in einer Form präsentiert worden, die eine britische Beteiligung unmöglich machte⁴⁴, doch gibt es kaum einen Zweifel daran, daß die Angelegenheit von der französischen Regierung gehörig verpatzt worden ist. Jedenfalls war das die Meinung einer Anzahl hervorragender Franzosen, zu denen auch der Präsident der Republik gehörte⁴⁵. Was die britische Reaktion betrifft, so können Beamte wie Sir William Strang und Sir Roger Makins wohl kaum eines doktrinären Sozialismus bezichtigt werden, und in den Begriffen der Bergleute von Durham dachte keineswegs nur die Labour-Partei. Schließlich war es ein Konservativer, Harold Macmillan, der im August 1950 in der Beratenden Versammlung des Europarats erklärte: „Eines ist sicher und wir sollten uns deshalb darüber im klaren sein. Unsere Leute werden keiner supranationalen Behörde das Recht übertragen, unsere Gruben oder Stahlwerke zu schließen.“⁴⁶

Die Debatte über den Schuman-Plan wurde noch durch eine Erklärung des Nationalen Exekutivkomitees der Labour-Partei zur „europäischen Einheit“ kompliziert, die am 12. Juni 1950 das Licht der Welt erblickte. Ursprünglich als Leitlinie für die Labour-Delegation beim Europarat gedacht, war die in dem Dokument zum Ausdruck gebrachte Opposition gegen jede föderalistische Union oder supranationale Behörde in Westeuropa kompromißlos, aber kaum neu⁴⁷. Das Unheil kam, wie Kenneth Younger in seinem Tagebuch notierte, daher, daß „sie (die Erklärung) leider sehr ungeschickt von Hugh Dalton auf einer Pressekonferenz bekanntgemacht wurde, auf der er mit all den ausländischen Journalisten so grob umsprang, daß sie die Konferenz mit dem festen Willen verließen, ihm Schwierigkeiten zu machen“⁴⁸. Einige Tage danach sagte der belgische Sozialist Victor Larock zu Dalton, er habe „noch nie ein wichtiges Dokument in der Presse Frankreichs, Belgiens und der Vereinigten Staaten so völlig falsch wiedergegeben gesehen“⁴⁹.

Diese Entstellung, so kann man hinzufügen, ist noch heute zu bemerken. Die Kritiker neigen dazu, der Erklärung vor allem wegen ihres vorgeblichen dogmatischen Sozialismus schlechte Zensuren zu geben; es verdient jedoch erwähnt zu werden, daß ein Beamter des Foreign Office den Entwurf mit der Anmerkung versehen hat, wenn man von gewissen fundamentalen Labour-Partei-Auffassungen absehe, „die zu unter-

⁴⁴ Notiz Davies, 1. 11. 1950, Dav. P.

⁴⁵ V. Auriol, *Mon Septennat 1947 – 1954*, Paris 1970, S. 268; Massigli, a. a. O., Kap. V; A. Bérard, *Un Ambassadeur se souvient: Washington et Bonn 1945 – 1955*, Paris 1978, S. 324f.

⁴⁶ Zit. bei R. Mayne, *The Recovery of Europe*, London 1970, S. 201.

⁴⁷ Zum Beispiel war die oft zitierte Feststellung, Großbritannien stehe Australien und Neuseeland näher als den Ländern Kontinentaleuropas, dem eingangs erwähnten Memorandum Daltons für Mollet vom November 1949 entnommen (vgl. Anm. 2).

⁴⁸ Tagebuch Younger, 6. 7. 1950.

⁴⁹ Tagebuch Dalton, 16. 6. 1950, D. P.

stützen oder zu bestreiten uns als Beamten nicht zusteht“, sei „die Darlegung des Problems ... bewundernswert“⁵⁰. Die Kritiker behaupten ferner, die Erklärung habe insularen Charakter gehabt und bei den kontinentaleuropäischen Sozialisten Entsetzen hervorgerufen. Auf einem internationalen Sozialistentreffen, das vom 16. bis zum 18. Juni 1950 in London stattfand und an dem Delegierte aus neun kontinentaleuropäischen Ländern teilnahmen, haben aber nur der französische Vertreter, Guy Mollet, und einer der fünf Holländer Kritik an der Erklärung geübt⁵¹. Schließlich werden bei derartigen Anklagen die konstruktiven Aspekte der Erklärung völlig ignoriert, insbesondere der von Denis Healey, damals Leiter der Internationalen Abteilung der Labour-Partei, stammende erfinderische Vorschlag, die Beratende Versammlung des Europarats solle sich Fragen der Vollbeschäftigung und der sozialen Gerechtigkeit widmen. Ein anderer Beamter des Foreign Office kommentierte dies mit dem Satz: „Der in der Erklärung empfohlene Weg scheint vorzüglich darauf berechnet zu sein, der Beratenden Versammlung doch noch etwas wirklich Konstruktives zu tun zu geben, überdies in einem Bereich, in dem das Vereinigte Königreich erheblich vorteilhafter abschneiden würde als die meisten der Länder, die uns vorgeworfen haben, in der Europafrage auf der Stelle zu treten.“⁵²

Die Entstellungen triumphierten jedoch, und die zweite Sitzung der Beratenden Versammlung, die noch im Schatten der Kontroverse über den Schuman-Plan und die Erklärung zur „europäischen Einheit“ stattfand, nahm, vom britischen Standpunkt aus gesehen, einen katastrophalen Verlauf. Ernest Davies, der Bevin im Komitee der Minister vertrat, weigerte sich entschieden, dem Druck der Versammlung nachzugeben und gewisse Resolutionen eines ihrer Ausschüsse zu akzeptieren, die, wie er sagte, dem Statut mit Hintertreppemethoden Zusätze anzufügen suchten⁵³. Bevin selbst explodierte, als er in der Presse las, daß die Versammlung einen Unterausschuß eingesetzt habe, der Winston Churchills Vorschlag einer „europäischen Armee“ diskutieren solle. „Ich habe das mit dem Premierminister besprochen“, sagte er in einem Telefongespräch mit seinem Vertreter in Straßburg, „und wir möchten doch darauf hinweisen ... daß die Frage der europäischen Verteidigung eine Sache ist, die gerade zwischen europäischen Regierungen erörtert wird und an der auch die Vereinigten Staaten lebhaft interessiert sind. Die Minister, die Regierungen repräsentieren, sind weder aufgefordert noch ist ihnen eine Möglichkeit gegeben worden, ihre Auffassung zu dem Vorschlag der Versammlung darzulegen, der auf den ersten Blick dazu bestimmt scheint, die Regierungen zu diskreditieren und ihre Verantwortlichkeiten zu usurpieren ... Verteidigungsangelegenheiten liegen ganz außerhalb der Kompetenzen des Europarats, und nur unter dieser Voraussetzung hat die Regierung Seiner Maje-

⁵⁰ Notiz Hooper, 24. 4. 1950, Dav. P.

⁵¹ Tagebuch Dalton, 17. 6. 1950, D. P.; Memorandum Farmer: „Report on International Socialist Conference on Control of European Basic Industries – Transport House, London, June 16th–18th, 1950“, Labour-Party Archives, International Sub-Committee, Minutes and Documents 1950 File.

⁵² Notiz Shuckburgh, 12. 6. 1950, Dav. P.

⁵³ Telegramm Davies, 9. 8. 1950, D. P., 9/13.

stät dem Beitritt zugestimmt.“⁵⁴ Solche und andere Zwischenfälle machten einen überaus schlechten Eindruck. „In diesem Jahr war bei den Kontinentalen das Gefühl sicherlich sehr stark“, schrieb Dalton am 1. September 1950 an Attlee, „daß die Regierung Seiner Majestät und die Repräsentanten der britischen Labour-Partei das größte Hindernis für Fortschritte darstellten.“⁵⁵

Bevin glaubte genau zu wissen, wo die Schuld an dieser unglücklichen Situation lag. „Wir hatten gehofft“, sagte er am 13. November 1950 im Unterhaus, „daß zwischen den beiden (d. h. dem Komitee der Minister und der Beratenden Versammlung) ein kameradschaftliches Verhältnis entstehen und man direkt miteinander verkehren werde, daß nach dem Abschluß der Arbeit der Versammlung die Resolutionen zu uns kommen und von den Ministern geprüft würden, die dann versuchen würden, Übereinstimmung zu erreichen und festzustellen, ob die Regierungen eine Gesetzgebung für Europa als Ganzes einführen können. Die Europäische Bewegung hat das abgewürgt ... Zwei oder drei Herren in Europa, die danach trachteten, die Minister an den Pranger zu stellen, weil diese gerade nicht zu ihren Parteien gehörten, haben jene große Chance ruiniert. Ich sage das mit voller Überlegung. Auf denen, die das taten, liegt eine schwere Verantwortung.“⁵⁶

Tatsächlich gab es im britischen Kabinett, so groß war die Erbitterung über den Europarat, die Meinung, für Großbritannien sei es besser, ganz auszuschneiden. Im Januar 1951 erklärte jedoch Bevin, für die britische Regierung habe es stets zwei Gründe gegeben, von einer derart drastischen Maßnahme Abstand zu nehmen, und diese Gründe seien noch immer in Geltung. „Der erste Grund ist die wohlbekannte Labilität der europäischen Moral und die Gefahr, die in der Erledigung einer Institution liegt, auf die viele Menschen auf dem Kontinent, die das Vertrauen zu ihren eigenen Ländern und zu sich selbst verloren haben, Hoffnungen setzen. Der zweite Grund ist die Tatsache, daß der Europarat noch immer die einzige politische Arena ist, in der die Deutschen eine Rolle spielen.“ Der Augenblick, sich gegen die Ansprüche des Rats zur Wehr zu setzen, werde dann kommen, meinte der Außenminister, wenn General Eisenhower eine schlagkräftige Sicherheitsstreitmacht für Europa geschaffen habe, die Beziehungen zwischen OEEC und NATO geregelt seien und Deutschland entweder mit der letzteren Organisation verknüpft oder ihr sogar beigetreten sei. All das, so glaubte Bevin, könne im Laufe der folgenden 12 Monate erledigt werden⁵⁷. An dieser Darlegung der Vorstellungen Bevins, die er kurz vor seinem durch Krankheit erzwungenen Rücktritt als Außenminister formulierte, ist nicht so sehr bemerkenswert, daß er noch immer für die britische Mitgliedschaft im Europarat eintrat; interessanter ist vielmehr, daß er sich von seiner ursprünglichen Konzeption der Rolle jener Einrichtung, wie sie von Dalton erst 14 Monate zuvor skizziert worden war, inzwischen doch recht weit entfernt hatte⁵⁸. So sahen die Konsequenzen der

⁵⁴ Ungezeichnete Notiz, 15. 8. 1950, D. P., 9/13.

⁵⁵ Brief Dalton, 1. 9. 1950, D. P., 9/9.

⁵⁶ H. C. Deb., 5th Series, Vol. 480, cols. 1500f.

⁵⁷ Notiz Bevin o. D. (Januar 1951), D. P., 9/18.

⁵⁸ Vgl. S.

Aktionen aus, die Männer wie Schuman oder Monnet und die Extremisten in der Beratenden Versammlung unternommen hatten.

Im Januar 1951 waren in den europäischen Angelegenheiten Verteidigungsfragen in den Vordergrund gerückt, ein Ergebnis der Debatte über die deutsche Wiederbewaffnung und den Plevan-Plan für eine europäische Armee. Die Briten reagierten auf den Plan lau bis feindselig. Erstens konnte die Regierung seine supranationalen Aspekte nicht akzeptieren. Zweitens war die Regierung keineswegs davon überzeugt, daß es sich um einen praktikablen Plan handelte. Drittens und viertens befürchtete sie, wie Bevin am 29. November 1950 im Unterhaus auseinandersetzte, daß der Plan den Aufbau der Verteidigung Europas verzögern würde und daß Westeuropa ohnehin nicht stark genug sei, um auf eigenen Füßen zu stehen, sondern Teil einer atlantischen Gemeinschaft sein müsse. „Wenn es aber der Wunsch der französischen Regierung und anderer Regierungen in Europa ist, die Möglichkeiten der Aufstellung einer europäischen Armee als Teil der integrierten Streitmacht zur Verteidigung Europas zu prüfen“, erklärte der Außenminister, „so wird die Regierung Seiner Majestät dem nicht im Wege stehen.“⁵⁹ Angesichts solcher Gefühle kann man sich unschwer vorstellen, wie die Briten einen Monat später den Entwurf eines amerikanischen Briefs an Schuman aufnahmen, in dem es hieß, der französische Vorschlag, eine Konferenz der interessierten europäischen Mächte einzuberufen, auf der die Realisierung des Plevan-Plans und „die Errichtung der angemessenen politischen Institutionen für diesen weiteren Schritt zur europäischen Integration“ erörtert werden solle, werde „warm begrüßt“⁶⁰. Der Premierminister und einige seiner führenden Berater hielten sich damals gerade in Washington auf, und so konnte die Angelegenheit auf höchster Ebene besprochen werden. Auf Veranlassung Attlees machte Sir Roger Makins darauf aufmerksam, daß in dem amerikanischen Briefentwurf die Gewichte anders gesetzt seien als in der Rede Bevins. Acheson widersprach nicht und sagte, dies illustriere „den alten Unterschied in der Haltung gegenüber der europäischen Integration“. Makins beharrte aber darauf, daß der Brief die Briten in eine unangenehme Lage bringen würde, da die Franzosen die Differenz „als etwas ganz Neues“ behandeln und als „eine Art Freibrief“ für die künftigen Verhandlungen in Europa benutzen würden. Attlee stimmte dem zu und stellte fest, der Brief schaffe „eine wirkliche Schwierigkeit“. Acheson antwortete, sie stünden „so nahe am Abgrund, daß sekundäre Fragen geopfert werden“ müßten, und Präsident Truman schloß sich diesem Urteil an⁶¹. Trotz der britischen Einsprüche wurde der Brief abgeschickt, und wenn auch die amerikanische Botschaft in Paris die Passage über die „politischen Institutionen“ eliminierte, ehe sie das Schreiben weiterleitete, behauptete das Foreign Office noch sechs Wochen danach, daß ohne die amerikanische Aktion der Plevan-Plan vielleicht vergessen worden wäre⁶².

⁵⁹ H. C. Deb., 5th Series, Vol. 481, cols. 1173f.

⁶⁰ Telegram Acheson, 6. 12. 1950, FRUS, 1950, Vol. III, S. 525.

⁶¹ Ungezeichnete Niederschrift des vierten Treffens Truman–Attlee, 6. 12. 1950, ebenda, S. 1757f.

⁶² Telegramm Bruce, 7. 12. 1950, ebenda, S. 527; ungezeichnetes Memorandum des Foreign Office

In ihrer Biographie Herbert Morrisons vertreten Bernard Donoughue und G. W. Jones die Ansicht, Morrison habe, nachdem er Bevin im Foreign Office abgelöst hatte, dem Europagedanken mehr Verständnis entgegengebracht als vor seiner Übernahme des Außenministeriums, mehr Verständnis auch als sein Vorgänger⁶³. Der erste Teil dieser Behauptung ist zweifellos zutreffend. Morrison hatte, als Lordpräsident, jene Gruppe im Kabinett geführt, die Großbritanniens Ausscheiden aus dem Europarat wünschte – tatsächlich waren die schon zitierten Gegenargumente Bevins an Morrison gerichtet gewesen –, aber am 19. April 1951 hat ausgerechnet er seine Kabinettskollegen davon überzeugt, daß man es dem Konsultativrat schließlich doch erlauben solle, die bislang tabuisierten Verteidigungsfragen zu diskutieren⁶⁴. Der zweite Teil der Behauptung – Morrison habe dem Europagedanken mehr Verständnis entgegengebracht als Bevin – ist fragwürdiger; vielleicht gilt das Urteil für den Bevin von 1950, indes kaum für den Bevin von 1948 oder selbst 1949.

Morrison hat in der Tat eine umfassende Überprüfung der vom britischen Kabinett in der Frage der westeuropäischen Einheit bislang verfolgten Politik eingeleitet. Am 16. April 1951 ging an die britischen Vertretungen in den westeuropäischen Hauptstädten ein Rundschreiben, in dem Informationen über die Stärke und die Motive der dort zu beobachtenden Integrationstendenzen erbeten wurden, ferner über die jeweils bevorzugten Formen der Integration und zu dem Problem, ob eine deutlichere Darlegung der britischen Einstellung zu den verschiedenen Integrationstypen hilfreich wäre⁶⁵. Am 24. Juli äußerte der Außenminister dann bereits die Meinung, daß „es zumindest zur Belebung des europäischen Interesses an der Wiederbewaffnung“ – eines der wichtigsten Ziele britischer Politik – beitragen könnte, „wenn wir ... dem auf dem Kontinent vorherrschenden Eindruck entgegentreten, wir lehnten alle Integrationspläne ab, und zwar selbst dann, wenn wir uns an ihnen nicht beteiligen“. Jedoch schlug er lediglich vor, eine, wie er sagte, „freundschaftliche Geste“ gegenüber dem im Schuman-Plan enthaltenen Konzept der Souveränitätsverschmelzung hinsichtlich bestimmter Güter zu machen, wenn auch „nicht gegenüber dem Schuman-Plan selbst“. Es sei nicht notwendig, die Möglichkeit einer britischen Beteiligung an irgendwelchen Integrationsprojekten anzudeuten, doch dürfe er wohl etwas tun, um die Ansicht zu widerlegen, Großbritannien sei automatisch gegen alle derartigen Projekte. Selbst dabei müsse er aber seine Worte mit Bedacht wählen, „um nicht den Anschein zu erwecken, als werde zu jedem Integrationsprojekt, das auftauchen kann, der Segen gegeben“. Auch wollte es Morrison vermeiden, ein bestimmtes Projekt zu nennen⁶⁶.

Diese Überlegungen waren für eine Sitzung des Komitees der Minister bestimmt, die am 2. August 1951 in Straßburg stattfand. Die zur Verfügung stehenden Quellen

„European Army Conference“, 11. 2. 1951, Attlee Papers, Bodleian Library, Oxford, Box 39, „Prime Minister's Speech in House of Commons on 12th February 1951 – During Foreign Affairs Debate“ File.

⁶³ Donoughue/Jones, a. a. O., S. 482f.

⁶⁴ Tagebuch Dalton, 19. 4. 1951, D. P.

⁶⁵ Ungezeichnetes Memorandum, 20. 7. 1951, Dav. P.

⁶⁶ Memorandum Morrison, 24. 7. 1951, Dav. P.

erlauben keine Antwort auf die Frage, ob sie von der britischen Regierung gebilligt wurden und ob Morrison tatsächlich eine entsprechende Erklärung abgab. Wir wissen nur, daß er sagte, der Schatzkanzler, Hugh Gaitskell, sei bereit, in der Beratenden Versammlung über Währungsstabilisierung, Inflation und andere wirtschaftliche Probleme zu sprechen. Die „Times“ meldete, diese Ankündigung sei mit „einiger Überraschung“ aufgenommen worden, da mit Gaitskell zum ersten Mal ein Minister in der Beratenden Versammlung auftreten würde, der nicht dem Komitee der Minister angehöre. Jedoch wurde der Vorschlag akzeptiert, und am folgenden Tag berichtete das Blatt, er sei „in Straßburg als Zeichen einer positiven Einstellung zum Europarat seitens der britischen Regierung begrüßt worden“⁶⁷.

Es sollte noch mehr folgen. Nach einem Treffen in Washington veröffentlichten Acheson, Schuman und Morrison am 14. September 1951 eine Erklärung, in der sie anerkannten, „daß die von der französischen Regierung ergriffene Initiative zur Schaffung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einen wichtigen Schritt zur europäischen Einheit darstellt. Sie begrüßen den Schuman-Plan als ein Mittel zur Stärkung der Wirtschaft Westeuropas und erwarten seine baldige Verwirklichung. Sie begrüßen ferner den Pariser Plan (für die europäische Armee) als einen sehr wichtigen Beitrag zur wirksamen Verteidigung Europas, einschließlich Deutschlands“. Morrison versicherte ferner ausdrücklich, daß „die Regierung des Vereinigten Königreichs die engstmögliche Verbindung mit der kontinentaleuropäischen Gemeinschaft in allen Stadien ihrer Entwicklung einzugehen wünscht“⁶⁸.

Wiederum verwehrt es uns die derzeitige Quellenlage, den Ursprüngen und der Entstehung dieser wichtigen Erklärung nachzuspüren, die Londons bei weitem positivste Stellungnahme zu Schuman-Plan und EVG enthält. Jedoch darf ihre Bedeutung nicht überschätzt werden. Mit Recht hieß es in einem Kommentar der „Times“: „Die gewählten Formulierungen machen, auch ohne daß es ausdrücklich gesagt wurde, deutlich, daß Großbritannien außerhalb der europäischen Gemeinschaft bleiben und keinen direkten Beitrag zur europäischen Armee leisten wird.“⁶⁹ Das war auch dem französischen Staatspräsidenten Auriol nicht entgangen. „Cela reste encore très pré-occupant“, notierte er in seinem Tagebuch⁷⁰; denn die Franzosen hatten natürlich stets die Auffassung vertreten, daß die Briten, als Gegengewicht gegen die Deutschen, in der europäischen Armee vertreten sein müßten. Mit diesem Problem hatte sich die Labour-Partei noch geraume Zeit herumzuschlagen, nicht aber eine Labour-Regierung. Die Wahl vom 25. Oktober 1951 brachte wieder die Konservativen an die Macht.

Wenn man die Politik zusammenfaßt, die von der Labour-Regierung zwischen 1948 und 1951 in der Frage der europäischen Einheit verfolgt wurde, so kann man

⁶⁷ The Times, 3. 8. 1951, S. 4, 4. 8. 1951, S. 3.

⁶⁸ The Times, 15. 9. 1951, S. 4.

⁶⁹ Ebenda, S. 5.

⁷⁰ V. Auriol, Journal du Septennat, Vol. V, 1951, Paris 1975, S. 484.

sagen, daß sie durchweg von einem sehr positiven Wunsch nach der Formulierung einer gemeinsamen Politik auf vielen und unterschiedlichen Feldern bestimmt war, allerdings mehr auf der Basis intergouvernementaler Übereinstimmung und Kooperation als durch die Übertragung und Verschmelzung von Souveränität. Von Anfang an wurde diese Konzeption jedoch systematisch attackiert und unterminiert: von der Konservativen Partei, die sich die Gelegenheit nicht entgehen ließ, aus den Schwierigkeiten ihrer Gegner billiges politisches Kapital zu schlagen; von den Leitern der amerikanischen Politik, die ihre Vorstellung von europäischer Integration etwas unbeholfen einem empfindlichen Juniorpartner zu oktroyieren suchten; schließlich, aber nicht zum wenigsten von den Anhängern eines „föderalistischen Europas“, die Großbritanniens Beteiligung am Aufbau Europas zu wünschen behaupteten, indes durch ihre Handlungsweise dafür sorgten, daß der Wunsch unerfüllt blieb. Verteidiger aller drei Gruppen würden zweifellos dartun wollen, daß die Politik der Labour-Regierung unzulänglich war, während die Ergebnisse der Politik jener Gruppen die unglückliche Wirkung, die sie auf die Labour-Regierung hatte, mehr als ausglich. Die Geschichte Westeuropas in den folgenden Jahren läßt eine solche Verteidigung freilich als durchaus fragwürdig erscheinen.